

## Vereint in den Kampf gegen den Abfall

### Kongress zur Sicherheit und Sauberkeit im öffentlichen Raum

Wie soll dem Problem des achtlos weggeworfenen Abfalls begegnet werden? Welche Strategien führen im Kampf gegen subjektive Unsicherheitsgefühle zum Erfolg? Und wer soll mögliche Massnahmen bezahlen? – Ein Kongressbericht aus Luzern.

dau. Luzern, 26. Oktober

Eine strammstehende Abfalleimer-Kompanie empfing die Tagungsbesucher im Armeeausbildungszentrum Luzern. Im Freien glänzten derweil polierte Strassenputzmaschinen, und im Foyer fanden sich Haufen drapierten Abfalls, die förmlich danach schrien, «richtig» entsorgt zu werden. Der Sicherheit, der Sauberkeit und der damit einhergehenden Lebensqualität im öffentlichen Raum wollte der vom Verein «Future for the commons» organisierte internationale Kongress nachgehen. Schliesslich seien in städtischen Gebieten Verschmutzung und Unsicherheit wachsende Probleme und wirkten sich negativ auf die Standortqualität aus, wie die Veranstalter schrieben: Die Lösung besagter Probleme sei eine «interdisziplinäre Aufgabe», welche die Stadtplanung wie die Abfallentsorgung, die Stadtgärtner wie die Fast-Food-Firmen, die Polizeien wie die privaten Sicherheitsfirmen, die Politik wie die (Sozial-)Wissenschaft tangiere.

#### Massnahmeplan oder «Strafgebühr»

Das vielfach zitierte Schlüsselwort lautete demnach «Kooperation»; etwa zwischen öffentlicher Hand und Abfall generierenden Take-away-Anbietern. Wie Christine Luther, Vertreterin der IG Detailhandel Schweiz, schätzte, stammt rund ein Drittel des im öffentlichen Raum nicht ordentlich in Kübeln entsorgten Abfalls – die Fachwelt spricht von «Littering» – aus den Regalen von Migros, Coop, Manor, Denner oder Valora. In dessen sei es nicht der Detailhandel selbst, welcher den Abfall achtlos im öffentlichen Raum wegwerfe, sondern der Kunde, unterstrich Luther. Deshalb seien die doppelten Abfallgebühren, die etwa die Stadt Bern auf der Verkaufsfläche von Take-away-Ständen erhebe, nicht angebracht. Demgegenüber verteidigte der Geschäftsführer des Schweizerischen Städteverbands, Alex Bukowiecki, das Vorgehen der Stadt Bern, denn am Ende der Entsorgungskette komme immer der Staat zum Handkuss – wobei Bukowiecki ausdrücklich das Engagement des De-

tailhandels bei der Abfallentsorgung und beim Recycling lobte.

Dass Stadt und Private auch zu einvernehmlichen Lösungen – anstelle der Erhebung blosser Strafgebühren – fähig sind, zeigt das Beispiel der Stadt Basel. Wie verschiedentlich erwähnt wurde, ist dort ein 5-Punkte-Massnahme-Plan in Kraft, der unter anderem die Reinigung der Umgebung von Verkaufsstellen regelt. Als Beispiel eines Musterschülers in Sachen Kooperation mit staatlichen Stellen entpuppte sich etwa das Fast-Food-Unternehmen McDonald's. Die Hamburgerkette wendet täglich pro Filiale eine Mitarbeiterstunde zur Reinigung des öffentlichen Raums auf. Für McDonald's lohne sich dieser Aufwand nicht nur aus Imagegründen, sagte seine Vertreterin Beatrice Balsiger: «Wenn die Umgebung sauber ist, dann kommen mehr Leute in unsere Restaurants.» Ins gleiche Horn stiess auch der an der Universität Basel lehrende Nachhaltigkeitsforscher Paul Burger: Der saubere und sichere öffentliche Raum sei das Kapital des Gastgewerbes.

#### Aktuelle Fragen ausgeklammert

Den Bogen von der Sauberkeit zur Sicherheit schlug die Zürcher Stadträtin Esther Maurer. Auf die «Broken Windows»-Theorie anspielend – deren praktische Umsetzungserfolge jedoch, entgegen Maurers Äusserungen, in der soziologischen und ökonomischen Fachwelt zunehmend relativiert werden –, argumentierte sie, mehr Abfall im öffentlichen Raum bedeute geringere subjektive Sicherheit. Maurer zeigte zudem, wie das Thema zu einer abteilungsübergreifenden Frage in der Stadtzürcher Verwaltung wurde und heute als «Netzwerk Sicherheit Sauberkeit» institutionalisiert ist. Allerdings scheint dies einige Amtsstellen nicht davon abzuhalten, sich dem Anliegen zu verweigern. Wie anders ist es zu erklären, dass bei der jüngst angekündigten Umgestaltung des Stadelhoferplatzes die Stadt aus denkmalpflegerischen Gründen keine Gartenwirtschaft mehr auf dem Platz dulden will? Wobei gerade diese, laut Aussagen der Platzanrainer, den von Randgruppen okkupierten Ort dem Ziel eines «stadtverträglichen Miteinanders» (Zitat Maurer) näherbrachte (NZZ 26. 10. 07). – Verwundert nahm man überdies zur Kenntnis, dass in der Diskussion um die Sicherheit im öffentlichen Raum kaum je die Rede auf das Instrument der polizeilichen Wegweisung kam, obschon zurzeit (auch) in Luzern eine diesbezügliche politische Debatte geführt wird.